

Ressort: Politik

Grüne drängen auf Gesetz gegen Menschenhandel

Berlin, 20.11.2014, 01:00 Uhr

GDN - Seit zwei Jahren ist Deutschland die Umsetzung der EU-Menschenhandelsrichtlinie schuldig, die die Rechte von ausgebeuteten Menschen wie Zwangsprostituierten oder Zwangsarbeitern stärken soll: In einem eigenen Gesetzentwurf, aus dem die "Berliner Zeitung "(Donnerstagsausgabe) zitiert, drängt die Grünen-Fraktion im Bundestag nun auf ein Gesetz gegen Menschenhandel. Darin fordert sie unter anderem ein Aufenthaltsrecht für Opfer von Menschenhandel unabhängig davon, ob sie in einem Strafverfahren als Zeuge aussagen.

Nur so könnten Betroffene und ihre Angehörigen auch in den Herkunftsländern effektiv geschützt werden, sagte der Grünen-Politiker Volker Beck der Zeitung. "So ermöglichen wir auch eine konsequentere Verfolgung der Täter – denn nur wer seine Angehörigen in Sicherheit weiß, kann alles tun, um die Täter zu überführen." In dem Gesetzentwurf fordern die Grünen zudem mehr Kontrollen gegen Menschenhandel, die Erweiterung der Opferentschädigungsrechte, eine verbesserte Datenlage und einen Berichterstatte gegen Menschenhandel.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-44896/gruene-draengen-auf-gesetz-gegen-menschenhandel.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619